

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen, liebe Vertreterinnen und Vertreter der Verbände und Vereine, sehr geehrte Frau Franz vom VdK, sehr geehrte Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr und des Roten Kreuzes, liebe Jungmannschaften von Feuerwehr und DRK, sehr geehrte Vertreter der Polizei, sehr geehrte Vertreter der Reservistenkameradschaft, liebe Gäste unserer Feierstunde zum Volkstrauertag

In einer von Ihnen und uns allen sehr geschätzten Tradition treffen wir uns heute wieder in großer Zahl zum Gedenken an die Opfer von Krieg, Vertreibung und Terror. Für die musikalische Umrahmung danke ich sehr herzlich der Stadtkapelle Markdorf.

Es freut mich ganz besonders, dass wir in diesem Jahr erstmals eine Person zu Wort kommen lassen, die aus unmittelbarer Erfahrung über Flucht, Angst und Heimatverlust berichten kann. Herzlich willkommen Frau Nayri Apraniyan. Dankeschön, dass Sie bereit waren, diesen sicher nicht leicht zu verfassenden Bericht aufzuschreiben und vorzutragen.

„Noch nie ist es mir so schwergefallen, wie in diesem Jahr, diesem Gedenken angemessen Ausdruck zu verleihen. Denn das Gedenken war für unsere Generation noch nie so wenig auf die Vergangenheit fokussiert, wie in diesem Jahr. Wir gedenken heuer Opfern, die ganz aktuell, gestern, letzten Monat, im letzten halben Jahr und auch gerade jetzt, in diesem Moment, zu Opfern werden.“ So habe ich, einige von Ihnen werden sich vielleicht erinnern, im vergangenen Jahr meine Rede zum Volkstrauertag begonnen.

Ist es nicht bitter, dass wir heute dieselben Sätze vortragen können, dass diese erschütternden Tatsachen in den vergangenen Monaten gleichermaßen gegolten haben? Nur mit einem Unterschied: Wir reden heute nicht über einen Krieg. Sondern wir reden über zwei Kriege.

Und dabei reden wir nur über die Kriege, die uns entweder aus geografischer Sicht oder aus der Betrachtung einer für uns nie endenden historischen Verantwortung heraus ganz unmittelbar betreffen.

Noch etwas ist aber deutlich anders als im vergangenen Jahr: Wir spüren tagtäglich, dass die Anteilnahme für die Opfer der Kriege und auch für jene, die sich auf den Weg der Flucht machen, um dem Schrecken zu entkommen, dass diese Anteilnahme nicht mehr uneingeschränkt gesellschaftlicher Konsens ist.

Das erschreckt uns alle. Aber statt nur zu erschrecken und noch schlimmer, statt einfach die zu verurteilen, die diesen Konsens nicht mehr uneingeschränkt mittragen, sollten wir überlegen, was die Gründe dafür sind und was zu tun ist.

Was bei der Betrachtung der Kriege wichtig ist: In diesem nicht mehr uneingeschränkten Konsens, bei der nicht mehr uneingeschränkt herrschenden Einigkeit zur Frage nach Unterstützung für eine Seite, wird deutlich, dass bei den Kriegen, über die wir sprechen, die Kontraste beginnen zu verschwimmen, je länger die Kriege dauern. Der Angriff verteilt die Rollen klar und deutlich. Und die unmittelbare Reaktion ist gerecht, nötig und unvermeidlich. Aber bereits Immanuel Kant hat mit seinem scharfen Verstand festgestellt: „Der Krieg ist darin schlimm, dass er mehr böse Menschen macht, als er deren wegnimmt.“ Das bedeutet: Auch die Reaktion ist nicht möglich, ohne Schrecken zu verbreiten und Unglück zu stiften. Weil dieses Dilemma nicht auflösbar ist, entstand die Bewegung des Pazifismus. Lange Zeit konnte man die Hoffnung haben, dass das Ächten von Gewalt als politischem Mittel ein zartes Pflänzchen sei, dem möglicherweise eine große Zukunft beschert ist.

Dieses Pflänzchen ist endgültig eingegangen, lange, bevor es die Chance zur Blüte und zur weltumspannenden Verbreitung erlangt hat.

Und so zermürben wir uns inzwischen in einer Diskussion über Ursache und Wirkung, genauso wie über die Frage, wer im Konflikt der Gute und wer der Böse sei. Und allzu gerne würden wir die Rollen klar verteilen. Das gelingt aber nicht in dieser scheerenschnittartigen, naiven Betrachtung. Denn auch wenn Einigkeit darüber besteht, wer Angreifer und wer Angegriffener ist. Und wenn Klarheit darüber besteht, dass das alttestamentarische Hinhalten der linken Backe nach dem Schlag auf die rechte Backe nie zu einer dauerhaft gerechten und friedlichen Welt führen würde. Die Partei, der wir das Recht auf Verteidigung ihrer Interessen nach einem Angriff auf dieselben selbstredend zubilligen und ihr jeden Erfolg dabei wünschen, können wir trotzdem nicht frei von Verantwortung für ihr Handeln sprechen. Auch dieser Partei kann nicht alles erlaubt sein.

Dies festzustellen, ohne dabei einen Zweifel an der Unterstützung zu lassen, macht gerade die Diskussion über den Krieg in Gaza so unendlich schwer.

Aber ich finde, diese differenzierte Betrachtung, ist dringlich. Wir dürfen uns weder im Ukrainekrieg wegen der Sorge um weiter ausufernde russische Machtansprüche unreflektiert hinter dem Begriff der uneingeschränkten Solidarität verstecken, noch beim Gaza Krieg wegen unserer bereits erwähnten nie endenden historischen Verantwortung.

Denn eine pauschale uneingeschränkte Unterstützung ist unaufrichtig. Viel aufrichtiger ist diese, wenn sie basiert auf einem wohl abgewogenen Umgang mit den Fragen von Angemessenheit und achten der Menschenwürde in der Wahl der Mittel.

Und wie schon manches Mal bei den Krisen der vergangenen Jahre besteht bei uns die Gefahr, dass genau diese Diskussion nicht zugelassen wird, weil man alleine schon die Diskussion als Zeichen mangelhafter Solidarität betrachtet. Das ist falsch und gefährlich, weil wir so ein weiteres Feld eröffnen, auf dem weitere Spaltung wegen ungenügendem gesellschaftlichem Diskurs droht.

Kapital aus dieser gesellschaftlichen Sprachlosigkeit schlagen nur die Verschwörungstheoretiker und Hetzer.

Wie eingangs bereits angedeutet: auch die Einigkeit darüber, den zu uns Fliehenden uneingeschränkten Schutz und mindestens vorübergehend eine neue Heimat zu bieten, bröckelt. Sie bröckelt aber in den weitesten Teilen der Gesellschaft nicht, weil die Überzeugung schwindet, als Menschen anderen Menschen in Not immer helfen zu müssen. Nein. Diese Einigkeit schwindet, weil sich das Gefühl schierer Überforderung breitmacht. Überforderung bei der Bereitstellung der Unterkünfte und Überforderung bei der Integration. Und weil auch immer wieder verständliche Verwunderung darüber erkennbar ist, dass nicht alle bei uns Aufgenommenen mit Demut dem hohen Gut von Schutz, Unterkunft und dem Angebot von echter Integration gegenüberreten.

Überforderung spüren wir inzwischen auf allen Seiten: In der aufnehmenden Gesellschaft, bei den heimatlos Ankommenden, bei den Behörden und der Politik. Diese Überforderung hat etwas mit der Menge zu tun.

„wir schaffen das“. Der Satz von Angela Merkel aus dem Jahr 2015, zu dem ich mich so viele Male, hier bei diesem Anlass, aber auch in unserer Stadthalle beim Neujahrsempfang, voller Überzeugung bekannt habe. Heute müssen ich und mit mir viele andere erkennen: Dieser Satz kann nicht uneingeschränkt gelten. Es gibt eine Belastungsgrenze für alle und alles im System, an der wir erkennen müssen: Wir schaffen das nicht mehr. Nicht mehr technisch und nicht mehr sozial. Und in vielen Bereichen sind diese Grenzen erreicht.

Und deswegen auch hier der dringende Apell: Lassen Sie uns mit den demokratischen Kräften darüber sprechen, was zur Sicherung der Systeme und des gesellschaftlichen Friedens zu tun ist. Und wir müssen ernsthaft darüber sprechen. Denn alles was auch in den vergangenen Wochen dazu aus Berlin zu hören war, sind gute Zeichen, werden aber keine spürbare Entlastung bringen. Aber das ist es, was wir sehr schnell benötigen: Spürbare Entlastung.

Führen wir nicht diese schwere Diskussion, wird sie uns von den Hetzern und geistigen Brandstiftern aus der Hand genommen. Um unsere Demokratie und den gesellschaftlichen Frieden zu sichern, müssen wir schwierige Gespräche in einem breiten Meinungsspektrum führen.

Das ist unsere Pflicht in einem demokratischen und stabilen Staatswesen: Die Demokratie durch das Aushalten und das Pflegen von Meinungsvielfalt lebendig zu halten und zu stärken. Nur das Ergebnis einer echten, auf breiter Meinungsbasis geführten Diskussion kann als Ergebnis eines demokratischen Prozesses Akzeptanz möglichst aller finden.

Gelingt uns das, können wir wahrscheinlich mehr schaffen, als wir uns aktuell zutrauen. Weil wir dann trotz des Bewusstseins unterschiedlicher Haltungen doch beieinander stehen und zusammen die Probleme lösen, statt nur über die Größe der Probleme zu streiten.

Gelingt uns das, werden wir unseren Partnern das Vertrauen geben, dass auf uns Verlass ist. Und es wird gelingen, selbstbewusst und mit Erfolg europäisch einheitliche Wege zum Schutz der Schutzsuchenden zu verhandeln.

Der demokratisch breit geführte Diskurs ist der beste Garant für Friedensstiftung und Friedenssicherung. Im Innern, wie im Äußeren.

Lassen Sie uns in diesem Sinne das Totengedenken begehen. Ich bitte Sie, sich dazu von Ihren Plätzen zu erheben.

Wir denken heute an die Opfer von Gewalt und Krieg,
an Kinder, Frauen und Männer aller Völker.

Wir gedenken der Soldaten, die in den Weltkriegen starben,
der Menschen, die durch Kriegshandlungen oder danach in Gefangenschaft,
als Vertriebene und Flüchtlinge ihr Leben verloren.

Wir gedenken derer, die verfolgt und getötet wurden,
weil sie einem anderen Volk angehörten, einer anderen Rasse zugerechnet
wurden, Teil einer Minderheit waren oder deren Leben wegen einer Krankheit
oder Behinderung als lebensunwert bezeichnet wurde.

Wir gedenken derer, die ums Leben kamen,
weil sie Widerstand gegen Gewaltherrschaft geleistet haben,
und derer, die den Tod fanden, weil sie an ihrer Überzeugung
oder an ihrem Glauben festhielten.

Wir trauern um die Opfer der Kriege und Bürgerkriege unserer Tage,
um die Opfer von Terrorismus und politischer Verfolgung,
um die Bundeswehrsoldaten und anderen Einsatzkräfte,
die im Auslandseinsatz ihr Leben verloren.

Wir gedenken heute auch derer,
die bei uns durch Hass und Gewalt Opfer geworden sind.

Wir gedenken der Opfer von Terrorismus und Extremismus, Antisemitismus
und Rassismus in unserem Land.

Wir trauern mit allen, die Leid tragen um die Toten, und teilen ihren Schmerz.

Aber unser Leben steht im Zeichen der Hoffnung auf Versöhnung

unter den Menschen und Völkern,

und unsere Verantwortung gilt dem Frieden unter den Menschen

zu Hause und in der ganzen Welt.